

transdisziplinäre
sicherheitsstrategien für polizei,
wohnungsunternehmen
und kommunen



Sicherheit im Wohnumfeld

● Ergebnisse der Fallstudien-Workshops



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

TRANSIT – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen

Der hier vorliegende Bericht ist in einer Reihe weiterer Berichte entstanden und stellt ein Teilergebnis des Forschungsprojektes transit dar, das in der Zeit von 2013-2016 im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ im Themenfeld „Urbane Sicherheit“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Das Projekt wurde in einem Forschungsverbund unter der Federführung der Kriminologischen Forschung und Statistik des Landeskriminalamts Niedersachsen gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin und unter Mitwirkung von F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH in Hamburg durchgeführt.

Die Ausrichtung des Projekts konzentrierte sich auf Fragen der Kriminalprävention und (Alltags-)Sicherheit in der Stadt und hatte dabei besonders die Qualität des Wohnumfeldes und die nachbarschaftliche Perspektive im Fokus. Ziel des Projektes transit war es, transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für die zentralen Akteure Polizei, Kommunen und Wohnungswirtschaft zu schaffen und sie so aufzuarbeiten, dass sie in die Alltagsorganisation und in das Alltagshandeln der einzelnen Beteiligten eingebettet werden können.

Für eine nachhaltige Verankerung war es schon während der Projektlaufzeit besonders wichtig, theoretisch erarbeitete Erkenntnisse auf ihre Praxistauglichkeit hin zu überprüfen. Daher wurde die Anwendbarkeit der Erkenntnisse in drei Fallstudienstädten erprobt und konnte im Anschluss direkt an die Bedarfe angepasst werden. Die erarbeiteten Sicherheitsstrategien für Polizei, Kommunen und Wohnungswirtschaft wurden in einer Handreichung so aufbereitet, dass sie auch in anderen Kommunen in die tägliche Sicherheitspraxis einfließen können (www.transit-online.info).

Um transdisziplinäre Ergebnisse zu erzielen, hat das Projektteam einen multidimensionalen Forschungsansatz gewählt. Dazu war ein Methodenmix aus quantitativen und qualitativen Instrumenten erforderlich. Um die Komplexität der Ansätze nachvollziehbar zu halten, aber auch um Interessierten einen schnellen Zugang zu den Teilergebnissen des Projekts zu ermöglichen, haben wir uns entschlossen, die Ergebnisse der einzelnen methodischen Schritte jeweils als gesonderte Broschüren zu veröffentlichen, so dass der Projektprozess auch für Außenstehende nachvollzogen werden kann. Die Teilergebnisse sind sowohl als einzelne Broschüren nutzbar, der ganzheitliche Ansatz des Forschungsprojektes wird jedoch erst in ihrer Gesamtheit sichtbar.

Folgende Broschüren sind verfügbar:

1. Theoretische Grundlagen der Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld
2. Glossar „Sicherheit im Wohnumfeld“
3. Ergebnisse des ersten Fallstudien-Workshops
4. Kleinräumige Kriminalitätslagebilder für die Fallstudienstädte (nicht öffentlich verfügbar)
5. Auswertungen der Befragung zum Sicherheitsempfinden im Wohnumfeld
6. Ergebnisse der Befragung von Wohnungsunternehmen zu sicherheitsrelevanten Themen
7. Dokumentation der Begehungen und Beobachtungen
8. Gegenüberstellung von Angsträumen und Gefahrenorten
9. Ergebnisse des zweiten Fallstudien-Workshops
10. Akteure, Netzwerke, Strategien für ein sicheres Wohnumfeld in Braunschweig, Emden und Lüneburg

Neben den Broschüren wurde zudem eine Handreichung für eine verbesserte Zusammenarbeit der Sicherheitsakteure Polizei, Kommunen und Wohnungswirtschaft erarbeitet. Alle Produkte stehen auch online auf der Homepage www.transit-online.info zur Verfügung.

Einleitung

Die hier vorliegende Broschüre enthält die Arbeitsergebnisse zweier Workshops. Die Workshops dienen dazu, die Akteure aus der Wohnungswirtschaft, Polizei und Kommunen aus den Fallstudienstädten Braunschweig, Emden und Lüneburg zusammenzubringen und disziplinen- und stadtübergreifend die im Prozess erarbeiteten Ergebnisse zu reflektieren. Der erste Workshop am 17.09.2014 fand zu einem frühen Zeitpunkt des Forschungsprojektes statt und sollte sowohl die Bedarfe und Anforderungen als auch den Kenntnisstand der einzelnen Akteure vor Ort erfassen als auch in den kommenden Prozess aufgreifen. Mit Hilfe der World Café Methode wurden drei Thementische eingerichtet, an denen die Diskutanten die Möglichkeiten hatten, die Themen Sicherheit und Kriminalprävention im Städtebau darzulegen, die Besonderheiten des Gebietes untereinander zu erörtern und die Leitbilder und Visionen der Stadt zu reflektieren.

Der zweite Workshop am 18.11.2015 wurde nach der empirischen Feldphase des Projektes durchgeführt. Mit Hilfe der Metaplanmethode fanden zwei moderierte Themenrunden statt. In erster Runde wurden die einzelnen Disziplinen stadtübergreifend zusammengesetzt, so dass die Polizei, die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter sowie die Teilnehmenden der Wohnungswirtschaft den Stand der Dinge anhand von drei Leitfragen diskutieren konnten. In der zweiten Runde wurde auf Grundlage der Erkenntnisse aus der ersten Runde diskutiert, welche Anforderungen und Umsetzungsmöglichkeiten zur Kooperation und zur Umsetzung kriminalpräventiver Maßnahmen in der Fallstudienstadt bestehen.

Die Form der Beteiligung dient dem transdisziplinären Ansatz, über den theoretisches Wissen mit Praxis/Alltagswissen verknüpft und eine disziplinenübergreifende Wissenschaftspraxis etabliert werden soll. Im transdisziplinären Forschungsprozess werden in der Praxis bestehende lebensweltliche Probleme identifiziert und unter Einbezug der relevanten wissenschaftlichen Disziplinen und dem „Praxiswissen“ bearbeitet. Dadurch werden die sonst üblichen Grenzen sowohl zwischen wissenschaftlichen Disziplinen als auch zwischen Wissenschaft und Praxis überschritten (Jahn 2008)¹.

Bei der transdisziplinären Bearbeitung von Fragestellungen kommt es dabei

- „auf das Unterscheiden und Verknüpfen von unterschiedlichen disziplinären Wissensbeständen sowie von wissenschaftlichem und außerwissenschaftlichem Wissen;
- auf das Unterscheiden und Verknüpfen von handlungsbezogenen und erkenntnisbezogenen Zielen;
- auf das Unterscheiden und Verknüpfen von Ansprüchen, Wünschen, Erwartungen einzelner Individuen, Institutionen und Gruppen an Problemlösungen und
- auf das Unterscheiden und Verknüpfen zwischen Nützlichkeitsabwägungen und disziplinären Ansprüchen an die Geltung von Wissen“ an.

Diesen Anforderungen wird über das Partizipationsverfahren der Workshops Rechnung getragen.

¹Jahn, Thomas (2008): Transdisziplinarität in der Forschungspraxis. In: Matthias Bergmann/Engelbert Schramm (Hrsg.): Transdisziplinäre Forschung. Integrative Forschungsprozesse verstehen und bewerten. Frankfurt/New York, S. 21–37.

1. Ergebnisse des ersten Workshops am 17.09.2014

Die Methode „World Café“²

Konferenz und Kaffeehaus – passt das zusammen? Einer aus den USA stammenden Großgruppen- und Tagungsmethode zufolge, ja. Die Methode nennt sich „The World Café“ und wird auch in Deutschland seit einigen Jahren praktiziert.

Der Grundgedanke liegt darin, dass Menschen unkompliziert miteinander in Kontakt kommen und angeregt Gespräche führen – ganz so als säßen sie in einem Café.

Zielrichtung

Intention des World Cafés ist, eine möglichst heterogen zusammengesetzte Gruppe von Menschen in intensive Gespräche zu bringen: Durch angeregten Austausch zu einem gemeinsamen Thema sollen kreative Lösungen und Ideen entstehen. Dies soll geschehen, indem sich die Gedanken der Teilnehmer vernetzen und befruchten und die kollektive Intelligenz der Gruppe genutzt wird. Dafür bedarf es jedoch einiger Regeln und Leitlinien.

Sitzordnung

In einer angenehm gestalteten und lockeren „Straßencafé – Atmosphäre“ sollen sich die Teilnehmenden zwanglos kennenlernen und unterhalten können. Entsprechend sitzen sie jeweils zu viert oder fünft an Tischen. Die Café-Atmosphäre und die kleinen Gruppen bewirken erfahrungsgemäß, dass die Teilnehmer beginnen, sich füreinander zu interessieren, sich zuzuhören, sich fremden Meinungen zu öffnen und an diesen anzuknüpfen.

Café-Etikette

- Zielsetzung der Gesamtrunde vermitteln
- Fokus auf das Wesentliche legen
- Eigene Ansichten und Sichtweisen beitragen
- Diskutanten zur Teilnahme ermutigen
- Sprechen und Hören mit Herz und Verstand
- Hinhören, um wirklich zu verstehen
- Ideen verbinden und verlinken
- Neue Erkenntnisse und tiefer gehende Fragen entdecken und die Aufmerksamkeit hierauf richten
- Auf die Tischdecke kritzeln und malen
- Spaß haben

² Gloger, Svenja: Neue Gruppenmethode – Arbeiten beim Kaffeetrinken. In: managerSeminare, Heft Nr. 75, April 2004.

Ablauf

Die Teilnehmenden diskutieren an ihren Tischen für ca. 20 bis 45 Minuten die ersten Fragestellungen resp. Thesen oder Perspektiven. Nach abgelaufener Zeit wechseln die Teilnehmenden ihre Tische und diskutieren die nächste Fragestellung resp. These oder Perspektive. Dabei bringen sie die bisherigen Erkenntnisse als „Meinungsbotschafter/innen“ in die neu zusammengesetzte Runde ein. An jedem Tisch sitzt eine „Gastgeberein/ein Gastgeber“, der die Teilnehmenden in die bisherige Diskussion an seinem Tisch einführt und das Gespräch lenkt und darauf acht gibt, dass jede Teilnehmerin /jeder Teilnehmer zu Wort kommt und die Beiträge auf den vorbereiteten beschreibbaren Tischdecken zusammenfasst. So können die gesammelten Gedanken festgehalten und der neuen Gruppe am Tisch vermittelt werden. Die neue Runde ist ebenfalls nach 20-45 Minuten beendet und der Kreislauf setzt sich fort. Allmählich beginnen sich die Ideen, Themen und Fragen zu vertiefen und zu verlinken. Durch das Beschriften der Tischdecken kann das gesammelte Wissen zusammengetragen und in einer Abschlussrunde zur Ergebnissicherung verwendet werden.



Stand 11.09.2014

Workshop am 17.09.2014 in Hannover (Schützenstraße 25, Raum E101)

Ablauf

- 10:30 Uhr Begrüßung durch das Projektteam
- 10:40 Uhr Präsentation transit
- 12:30 Uhr Mittagspause
- 13:15 Uhr Arbeitsphase: Worldcafé 3 Runden á 30 min, Gruppentausch während der Wechsel

Leitbild / Zukunft / Visionen in der Stadt (LKA)

- Welches sind ihre Leitbilder zur Sicherheit im Städtebau?
- Welche Visionen in Bezug auf Sicherheit haben Sie für das Jahr 2030?
- Wie würden Sie Ihr Arbeitsgebiet in Zukunft gerne weiterentwickeln?

Status Quo in der Stadt (Difu)

- Wie kooperieren Sie im Themenfeld Sicherheit in der Stadt?
- Was sind sicherheitsrelevante Themenschwerpunkte in der Stadt?
- Welche Rolle spielen Sicherheitsaspekte in Ihrer Organisation (Kommune und Wohnungswirtschaft)?

Besonderheiten im Gebiet (F+B)

- Welchen Handlungsbedarf sehen Sie in Ihrem Fallstudienort?
- Was meinen Sie sind die Besonderheiten in Ihrem Gebiet?
- Wie hat sich das Gebiet bzgl. sicherheitsrelevanter Aspekte entwickelt?

- 14:30 Uhr Kaffeepause
- 14:45 Uhr Feedbackrunde und Ausblick auf die nächsten Schritte
- Welchen Output erwarten Sie aus unserem Projekt?
- ca. 16:00 Uhr Verabschiedung der Gäste

Tisch Leitbild / Zukunft / Visionen in der Stadt

(ModeratorInnen: Dirk Behrmann und Dr. Anke Schröder, LKA)



Dokumentation Ergebnisse World Café 17.09.2014 Leitbild / Zukunft / Visionen der Stadt (Moderation LKA, Dirk Behrmann / Dr. Anke Schröder)

Kurzzusammenfassung:

Die Diskussionen waren sehr produktiv. Schnell wurden über konkrete Anlässe und anfassbare Ergebnisse gesprochen, die Ergebnisse im Einzelnen:

Fragestellung	Braunschweig	Emden	Lüneburg
<p>Welches sind ihre Leitbilder zur Sicherheit im Städtebau?</p>	<p>Polizei</p> <ul style="list-style-type: none"> - Strategie 2020 mit dem Auftrag zur Förderung der Zusammenarbeit und zur Optimierung der Netzwerkarbeit 	<p>Kommune</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schaffung angenehmer öffentlicher Kommunikationsorte - gemischte, bauliche Strukturen, um Ghettoisierung zu verhindern - klar abgegrenzte Strukturen (privat /halböffentlich/ öffentlich) 	<p>Kommune (Planung)</p> <ul style="list-style-type: none"> - nutzungsgemischte (europäische) Stadt ist allgemeines Leitbild und enthält Aspekte der Sicherheit* Kommune (Ordnung nachträglich) - Kein Leitbild zur Sicherheit im Städtebau im Bereich Ordnung, dies ist Aufgabe der Stadtplanung bzw. der Politik. <p>Polizei (nachträglich)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Leitbilder zur Sicherheit im Städtebau sind mir nicht bekannt - eine polizeiliche Beteiligung in Sachen Städtebau erscheint mir für Lüneburg auch Neuland, abgesehen von Verkehrsplanungen - somit gehört auch Städtebau bislang nicht zum Arbeitsgebiet
	<p>Ergänzung und Zusammenfassung Moderator/in</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kommune: Vernetzung muss kompatibel sein, kein Selbstzweck - LüWoBau wendet Aspekte aus Kriterienkatalog SIPA an - *fachfremden AkteurInnen war das planerische Leitbild der nutzungsgemischten (europäischen) Stadt nicht präsent 		

<p>Welche Visionen in Bezug auf Sicherheit haben Sie für das Jahr 2030?</p>	<p>Polizei</p> <ul style="list-style-type: none"> - Polizeiliche Themen in das Bewusstsein der Wohnungsbaunehmen bringen - Ausbau und Anwendung des Qualitätssiegels für Sicheres Wohnen - Berücksichtigung der polizeilichen Empfehlungen zur Sicherheit eines Quartiers -Vernetzung und politische Umsetzung der Beschlüsse - soziales- und bauliches zusammenbringen - Sichtbare Maßnahmen an konkreten Orten <p>Kommune</p> <ul style="list-style-type: none"> -Routinen entwickeln, städtebauliche Kriminalprävention zwischen Polizei und Stadtentwicklung / Stadtplanung - Austausch zwischen den Generationen ermöglichen 	<p>Polizei</p> <ul style="list-style-type: none"> - Automatisierte Verfahren für die Interaktion Polizei - Stadt - Wohnungsunternehmen - Hauptamtliche Präventoren/innen in den Städten sind förderlich, in Emden existiert eine hauptamtliche Geschäftsstelle <p>Kommune</p> <ul style="list-style-type: none"> - gewünscht wird eine politische Unterstützung des Themenfeldes - um deviantem Verhalten präventiv entgegenzuwirken spielt eine Bildung eine große Rolle, dazu gehört insbesondere die Förderung von Kindern und Jugendlichen - Bei allen Sicherheitsdiskussionen im öffentlichen Raum, auch Rückzugsqualitäten für Kinder und Jugendliche schaffen - Interessensausgleich 	<p>Wohnungsunternehmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sicherheit im Bestand und im Neubau - Früh gegenseitig unterstützende Mieterschaft - Verbesserte Kommunikation der Beteiligten <p>Kommune (nachträglich)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Berücksichtigung "weicher" Faktoren bei der Planung - Vision: Räume in Quartieren schaffen, die ein angstfreies Miteinander ermöglichen sowie sichere Wegebeziehungen. <p>Polizei (nachträglich)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Enge Verzahnung möglichst aller beteiligter Institutionen, aber auch der Bürgerinnen und Bürger, denn oftmals wissen die am besten, wo es „hakt“ - Die Polizei kümmert sich aktiv, auch in neuen größeren Netzwerken, um die subjektive Kriminalitätseinschätzung und wirkt aktiv bei der Beseitigung von Angsträumen mit / unterstützt die Planungen in der Gestalt, dass solche Räume gar nicht erst entstehen
<p>Ergänzung und Zusammenfassung Moderator/in</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kommune: Vernetzung muss kompatibel sein, kein Selbstzweck - Polizei: Verantwortung für Sicherheit sollte nicht nur von Polizei ausgehen - Umsetzung nur möglich, solange Inhalt auf politischer Zielvorgabe passt 			

	<ul style="list-style-type: none"> - Nicht immer Neuentwicklung sondern Verstetigung bestehender Maßnahmen - Beteiligung / Partizipation für alle ermöglichen, Sport als gutes Mittel. - keine Qualitätsverluste bei der Gestaltung des öffentlichen Raums. 		
<p>Wie würden Sie Ihr Arbeitsgebiet in Zukunft gerne weiterentwickeln?</p>	<p>Polizei</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verknüpfung zu den Wohnungsunternehmen intensivieren - Verständnis / Vertrauen für die jeweilige Arbeit der Netzwerkpartner aufbauen - Prävention ausbauen mit Personal und Geld aber vor allem mit engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern <p>Kommune</p> <ul style="list-style-type: none"> - Datenaustausch organisieren, Daten "verräumlichen" - Einbindung von Sicherheit auf strategischer Ebene für Akteure aufgearbeitet, z.B. bei der Ausweisung von Stadterneuerungsgebieten etc.) - Vernetzung allein ist noch keine Qualität - es braucht Qualitätsmanagement, das Ziele definiert und Prozesse begleitet und steuert - Stärkere Einbindung der Basis <p>Wohnungsunternehmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lichtquellen schaffen - Datenaustausch zwischen 	<p>Polizei</p> <ul style="list-style-type: none"> - Netzwerkerweiterung z.B. zu den Wohnungsunternehmen - Beteiligung nicht als TÖB, gute Erfahrung mit Teilnahme an Ausschusssitzungen gemacht. <p>Kommune</p> <ul style="list-style-type: none"> - frühzeitige und umfassende Infobeschaffung seitens der Stadtplanung bei Bauleitplanungen auch hinsichtlich polizeilicher Aspekte zu Sicherheit und Prävention 	<p>Kommune (nachträglich)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anonymität ist überwunden und "man kennt einander". Stadtteiltreffs sind Begegnungsstätten und gleichzeitig "Ideenschmieden" <p>Polizei (nachträglich)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ich sehe eine Polizei, die auf ihre Bürger hört und nicht mehr auf Zahlenkonstrukte - Die Polizei wird schon in einem sehr frühen Stadium in die Planungen, von beispielsweise neuen Baugebieten, eingebunden.

	<p>Wohnungswirtschaft, Polizei und Kommunen</p> <ul style="list-style-type: none"> - ECHTE Kooperation zwischen den Wohnungsunternehmen und der Stadt Braunschweig, nicht nur Lippenbekenntnisse - Bessere Kommunikation bei Planverfahren - Einbindung der Wohnungsunternehmen 		
<p>Ergänzung und Zusammenfassung Moderator/in</p> <ul style="list-style-type: none"> - Polizei zu Datenaustausch: Ein Austausch kann nur anonym und anlassbezogen erfolgen, Vertrauen und das Kennen der einzelnen Akteur ist dabei von großer Bedeutung! - Wohnungsunternehmen: Von guten Beispielen lernen - Polizei: Strategische und sichtbare Einbindung in einem frühen Planungsstadium nicht nur über TÖB, z.B. wird nicht transparent vermittelt, welche Anregungen in den Prozess einfließen und warum - Informationen über Sicherheit über Mieterzeitungen - Engen Kontakt zu den Kontaktbeamten vor Ort ausbauen - Verlässliche personelle Kontakte sind wesentlich - Anlassbezogene Kommunikation erwünscht 			

II P. 400-410
14.03.20
2017/18

• Automatisches Klebkleben
 (Injektion der Klebstoffe)

• Praktische Vorteile
 • Qualitätssteigerung
 • Reduzierung der Ausschussrate
 • Erhöhung der Flexibilität
 • Reduzierung der Kosten

• Probleme
 • Qualitätskontrolle
 • Materialkosten
 • Umweltbelastung
 • Abfall

• Automatisches Klebkleben
 • Praktische Vorteile
 • Qualitätssteigerung
 • Reduzierung der Ausschussrate
 • Erhöhung der Flexibilität
 • Reduzierung der Kosten

• Probleme
 • Qualitätskontrolle
 • Materialkosten
 • Umweltbelastung
 • Abfall

• Personal/Gold
 • erfolgreich
 • Produktionskosten
 • Produktionszeit
 • Produktionsqualität
 • Produktionsflexibilität
 • Produktionskapazität
 • Produktionskosten
 • Produktionszeit
 • Produktionsqualität
 • Produktionsflexibilität
 • Produktionskapazität

• Produktionskosten
 • Produktionszeit
 • Produktionsqualität
 • Produktionsflexibilität
 • Produktionskapazität

• Produktionskosten
 • Produktionszeit
 • Produktionsqualität
 • Produktionsflexibilität
 • Produktionskapazität

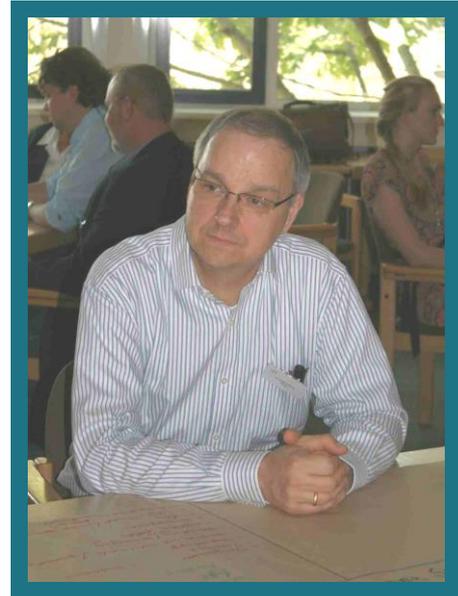
• Produktionskosten
 • Produktionszeit
 • Produktionsqualität
 • Produktionsflexibilität
 • Produktionskapazität

• Produktionskosten
 • Produktionszeit
 • Produktionsqualität
 • Produktionsflexibilität
 • Produktionskapazität

• Produktionskosten
 • Produktionszeit
 • Produktionsqualität
 • Produktionsflexibilität
 • Produktionskapazität

Tisch Status Quo in der Stadt

(ModeratorInnen: Hanna Blieffert und Dr. Holger Floeting, Difu)



Dokumentation Worldcafé
Zusammenstellung Tischdecken und Diskussionsbeiträge
- nach Kommune und Akteur -

Im Folgenden sind den unterschiedlichen Akteursgruppen folgende Farben zugewiesen:

WOHNUNGSWIRTSCHAFT

KOMMUNE

POLIZEI

Die Notizen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf den Tischdecken beim Worldcafé sind mit dem Aufzählungszeichen „•“ aufgelistet. Graue Passagen sind Erläuterungen der Moderation zu den Notizen der Teilnehmenden.

Farbig und **fett** markiert sind jeweils diejenigen Themen und Akteure, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für sich selbst in sicherheitsrelevanten Zusammenhängen als besonders wichtig markiert haben.

Die mit dem Aufzählungszeichen „❖“ markierten und in *kursiv* gehaltenen Passagen sind Ergänzungen zu den Tischdecken und basieren auf den Diskussionen der Teilnehmenden während des Worldcafés.

1. Braunschweig

1.1. THEMEN: Was sind sicherheitsrelevante Themenschwerpunkte in der Stadt?

WOHNUNGSWIRTSCHAFT

• **Wohnungseinbrüche**

- ❖ *Wohnungseinbrüche sind an der Tagesordnung*

• Graffiti

- ❖ *Graffiti weniger ein Problem, da es den Verein „Graffiti Ex“ gibt, durch den eine schnelle Entfernung erfolgt*

• Ruhestörung

• Drogenproblematik

• Lichtquellen wieder aktivieren

• Wohnqualität

- ❖ *Betteln wirkt sich auf die Wohnqualität aus*

• **Verwahrlosung öffentlicher Raum** (Markierung als bedeutsames Thema erfolgte auf der Tischdecke bei den Notizen der Wohnungswirtschaft Emden)

• **Wahrnehmung von Kriminalität/Kriminalitätsschwerpunkten weicht häufig stark von tatsächlichen Gefahrenschwerpunkten ab (negative Quartiersimages halten sich lange)** (Markierung als bedeutsames Thema erfolgte auf der Tischdecke bei den Notizen der Kommune Braunschweig)

- ❖ *keine besonders auffälligen Quartiere im Bestand vorhanden*

- ❖ *Situation Hebbelstraße: Unterkünfte mit 130 Wohnungen, dort befindet sich auch eine Außenstelle der Stadt, welche die Bewohner betreut. Ein Großteil der Bewohner könnte kein eigenes Mietverhältnis halten. Hohe Problemdichte, schlechtes Erscheinungsbild; neben dem Kiosk im Eingangsbereich (sozialer Treffpunkt) wird Outdoorspielplatz eröffnet, dieser soll nachts geschlossen sein.*

- ❖ *Bewohnerstruktur kann durch Belegungsvergabe verändert werden. Durch die hohe Nachfrage nach Wohnraum wird dies erleichtert und es können Mieter gut ausgewählt werden.*

KOMMUNE

ORDNUNGSAMT

• Freilufttrinker

- ❖ *Beim Trinken geht es zum einen um Jugendliche zum anderen um Wohnungslose.*

• Punkerszene

• Drogenabhängige

- ❖ *Probleme die mit Drogenabhängigen einher gehen: Müll, Spritzen, Hunde, langer Aufenthalt in Gruppen an Haltestellen*

• **Trinkende und randalierende Jugendliche** (Bewertung durch OA/STP)

- Vermüllung/Verunreinigung
- Aggressives Betteln
- Hundebeißereien
 - ❖ *Hundebeißereien sind ein Problem, u.a. auch da die Leute sensibilisiert sind (durch Gesetzgebung)*
- Lärm
- LKW-Fahrer (urinieren, Vermüllung, Ausländer)
 - ❖ *LKW-Fahrer müssen gesetzlich vorgeschriebene Ruhezeiten einhalten, auch Langstreckenfahrer aus ganz Europa müssen, um diese einzuhalten, in Deutschland Pausen einlegen. Es fehlt dazu aber häufig die notwendige Infrastruktur.*
- Parkverstöße (Feuerwehruzufahrt, // Abbruch Aufzeichnungen)
 - ❖ *Parkverstöße insbes. dort problematisch wo Sichtachsen und Feuerwehruzufahrten verstellt werden*
- Vandalismus

STADTPLANUNGSAMT

- Freilufttrinker/Punkerszene betrifft nur wenige Orte, tatsächliche Bedrohung vs. gefühlte Bedrohung
 - ❖ *Trinker/Punks sind eher kein Problem, größeres Problem ist das schlechte Image einiger Stadtteile*
- Wahrnehmung von Kriminalität/Kriminalitätsschwerpunkten weicht häufig stark von tatsächlichen Gefahrenschwerpunkten ab (negative Quartiersimages halten sich lange)
 - ❖ *Vorschlag: Merkblatt für die Bauherrenberatung zur Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten*

KIJUFAM

- ❖ *Themen werden auch aufgebauscht*
 - ❖ *Flüchtlinge (in den Wohnungen) in der Wahrnehmung als Gefährdung groß; real aber nicht; auch Fangewalt wird aufgebauscht; Einbrüche hingegen sind reales Problem, es muss zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit differenziert werden.*
- **(Kinder-)Armut & Ausgrenzung fehlende Teilhabe und Bildungschancen**
 - ❖ *Armut und Ausgrenzung sind ein Problem: hohe Zahl von Transferleistungsempfängern in Quartieren, werden Ausgegrenzt, hohes Maß an Demütigungen -> „tickende Zeitbombe“*
- fehlen Geld, Energien und Initiative in die „richtige“ Richtung,
 - ! Stichwort überspitzt: Bäume weg, Licht an, mehr Polizeipräsenz, Jugendliche verbieten (Bezugnehmend auf Stichwort Kriminalitätswahrnehmung von STP)
- Gefahr d. Stigmatisierung, s. Sinti-Roma, Fußball
 - ❖ *Mit Thematisierung als „Sicherheitsproblem“ läuft Stigmatisierung einher; viele Maßnahmen treffen die Ursache nicht*

POLIZEI

- **Asylantenproblematik**
 - ❖ *Asylantenproblematik ist ein aktuelles Thema, Sicherheitsproblem vor allem durch Konflikte in den Unterkünften*

- Trinkgelage im öffentlichen Raum
 - ❖ *Trinken im öffentlichen Raum ist insbesondere dort ein Problem wo sich Jugendliche oder junge Erwachsene treffen*
 - ❖ *Schlossplatz war Problem/Drogenproblematik*
- Drogenabhängige Verdrängung auf Wohnquartiere
- Ruhestörungen
- **WED (Wohnungseinbruchsdiebstahl)**
- Diebstähle in Nähe der BAB
- Bettler (siehe Stadt BS)
 - ❖ *Bettler sind hauptsächlich in der Innenstadt zu finden*
- Einzeltrick-Schockanrufe/Trickdiebstahl
 - ❖ *Opfer von telefonischen Trickbetrügern sind hauptsächlich 75 Jahre und älter*
- Fußball
 - ❖ *Probleme im Umgang mit Fans sowohl bei Spielen der 1. als auch bei der 2. Mannschaft*
 - ❖ *Fußball ist relevantes Problem*
- Sachbeschädigung durch Graffiti
- Wahrnehmung von objektiver und subjektiver Sicherheit unterschiedlich
- Bewertung der kriminogenen Faktoren altersabhängig (bezugnehmend auf Liste der Kommune OA)
 - *subjektive und objektive Sicherheit läuft z.T. konträr, ändert sich je nach befragtem Personenkreis; daher ist eine zielgruppenspezifische Betrachtung notwendig; den bislang aufgelisteten Aspekten fehlt die Gewichtung.*

1.2. AKTEURE: Wie kooperieren Sie im Themenfeld Sicherheit in der Stadt?

WOHNUNGSWIRTSCHAFT

- **Polizei**
- **Stadtverwaltung (2x markiert)**
- Stadt BS u.a. OB
- Gesundheitsamt
- Quartiersmanagement
- SPD (soz. psych. Dienst)
- Prävention in Schulen, Jugendeinrichtungen
- Präventionsrat
- Feuerwehr
- Alba Müllbetriebe

- Wohnungsunternehmen!
- Reinigungsfirmen
- Garten/Landschaftsgestaltung
- Graffiti ex e.V.
- → lokale Vereine!

KOMMUNE

ORDNUNGSAMT

- **Polizei (3x markiert)**
- Feuerwehr
- Verkehrs-AG
- Stadtintern z.B. Jugendschutz, Baubereich,
- Baugenossenschaften/-gesellschaften
- Eigentümer
- andere Verwaltungen

STADTPLANUNGSAMT

- von Seiten der Stadtentwicklung bestehen kaum intensive Kontakte zu Akteuren aus dem Bereich Sicherheit/keine eingespielten Verfahren mit Fokus „Sicherheit“
- ❖ *Es wird gewünscht stärker mit den privaten Wohnungseigentümern zusammenzuarbeiten; vordringliches Thema: Belegungspolitik. Außerdem sollte das Thema Sicherheit stärker überall präsent sein.*

KIJUFAM

- Div. Facharbeitskreise
- Jugendhilfe
- Schule
- Wohlfahrtsverbände
- Stiftungen
- Ehrenamt
- Beratungsstellen
- Präventionsrat
- ❖ *alle arbeiten interdisziplinär zusammen, auch im Präventionsrat, der Präventionsrat ist fit, aber nicht so bedeutsam wie in Emden; der Präventionsrat ist anders gewachsen als in Emden*

POLIZEI

- Diverse Arbeitskreise
- StA/Gericht
- Beratungsstellen
- **Stadt – alle Fachbereiche- (2x markiert)**
 - ❖ *Gesamtstadt ist Kooperationspartner*
- ZOD, Familie, Jugend, Grünflächenamt
- Gesundheitsamt (SPD)
- Baubereich
- Wohnungswirtschaft
- Schulen/LSchB
- Präventionsrat
- Verkehrswacht
- ❖ *Statement der Polizei an Kommune: „Wenn du Sicherheit in der Stadt willst, musst du mit mir zusammen arbeiten. Das musst du so akzeptieren“*

2. Lüneburg

2.1. THEMEN: Was sind sicherheitsrelevante Themenschwerpunkte in der Stadt?

WOHNUNGSWIRTSCHAFT

- Wohnungsnot, sozialer Vermieter
 - ❖ *Die Wohnungsnot ist hoch, dadurch kann bei der Vergabe ausgewählt werden; aber als komm. Unternehmen müssen auch Sozialfälle bedient werden*
- Ruhestörungen
- Demografische Entwicklung 50+
- **Bildung von „schlechten Quartieren“**
 - ❖ *es gibt Quartiere die drohen zu kippen: Außenbereiche/Spielplätze sind vermüllt; es muss entgegengewirkt werden, für kommunale Wohnungsunternehmen mit einem sozialen Auftrag ist dies aber schwer.*
- Sehr viele Altbauwohnungen
 - ❖ *hoher Altbaubestand, der z.T. Sicherheitsanforderungen nicht entspricht, z.B. fehlende Gegensprechanlage, insbes. die ältere Bevölkerung ist hier betroffen*

KOMMUNE

STADTPLANUNGSAMT

- Konzentration sozialschwacher Klientel in bestimmten „mietgünstigen Vierteln“, da aktuell vorwiegend hochwertiger „teurer“ Wohnungsbau entsteht → **neuer sozialer Wohnungsbau** (Forderung)
 - ❖ *Forderung: neuer sozialer Wohnungsbau*
- Polizei kann Recht teils nicht durchsetzen (s. Clan-Fehde mit Schießerei von 2 „Kaltenmoorer“ Familien)
- ❖ *Angsträume lassen sich nur schwer durch Bebauungspläne verhindern, stattdessen könnte stärker bei Bauanträgen auf Angsträume eingewirkt werden, hier fehlt es aber an Regelungen: die Gesetzesebene sollte dies stärker betrachten.*

ORDNUNGSAMT (Angaben wurden im Nachhinein durch den Vertreter des Ordnungsamtes schriftlich gemacht, da eine Teilnahme am Worldcafé wegen frühzeitiger Abreise nicht möglich war)

- Lärmbelästigungen durch Nachbarn oder Diskotheken
- Lärmbelästigungen durch Gaststätten, insbesondere solche mit Restaurationsvorgärten
- Geruchs- und Rauchbelästigungen durch Grills und Feuerschalen
- zunehmende Gewaltbereitschaft bei Konflikten (insb. in den Quartieren mit verdichteteter Bebauung)
- **allgemein abnehmende Bereitschaft, sich an Regeln zu halten** (z. B. Verkehrsbeschilderung)

SOZIALES UND FAMILIEN (Stadtteilhaus/ Allgemeiner Sozialdienst (ASD)) (Angaben wurden im Nachhinein durch den Vertreter des Ordnungsamtes schriftlich gemacht, da eine Teilnahme am Worldcafé wegen frühzeitiger Abreise nicht möglich war)

- Die BürgerInnen wissen um unser Beratungs- und Veranstaltungsangebot. Wir verstehen uns als Vermittler bei Wohnungsangelegenheiten und im Bereich Prävention.

POLIZEI (Angaben wurden im Nachhinein durch den Vertreter des Ordnungsamtes schriftlich gemacht, da eine Teilnahme am Worldcafé wegen frühzeitiger Abreise nicht möglich war)

- Körperverletzung im Zusammenhang mit der Partyszene / Alkohol
- Rohheitsdelikte in sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen / zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturkreise / zwischen verfeindeten Familienclans
- Verkehrsverstöße, „Verkehrsröwdytum“
- Eigentumsdelikte, insbesondere Wohnungseinbruchdiebstahl
- Wiederkehrende Evakuierungsmaßnahmen wegen Bombenräumungen
- Sachbeschädigungen / Vandalismus
- Trinker- und Drogenabhängigenszene

Herausstechende Besonderheiten / Alleinstellungsmerkmale gibt es dabei nicht

Das wichtigste Thema für die Polizei Lüneburg:

- **Aktuell die Familienfehde, Polizei muss aber tagesaktuell die Lage neu bewerten, jeden Tag kann ein anderes Thema DAS Thema sein**

2.2. AKTEURE: Wie kooperieren Sie im Themenfeld Sicherheit in der Stadt?

WOHNUNGSWIRTSCHAFT

- **Planer**
- Kontaktbeamter (Polizei)
- Stadtplanung

KOMMUNE

STADTPLANUNGSAMT

- Wenig Hinweise/Kontakte:
 - Frauenbeauftragte (Stadt)
 - Polizei (eher verkehrliche Aspekte)
 - ❖ *Die Stadtplanung kooperiert mit der Frauenbeauftragten bzgl. Angsträumen und mit der Polizei bzgl. Verkehrssicherheit.*
- Wunschpartner: Wohnungsunternehmen
 - ❖ *Wunschpartner für stärkere Kooperation: Wohnungswirtschaft*

ORDNUNGSAMT (Angaben wurden im Nachhinein durch den Vertreter des Ordnungsamtes schriftlich gemacht, da eine Teilnahme am Worldcafé wegen frühzeitiger Abreise nicht möglich war)

- FB 5 Soziales und Bildung (Jugendamt, Stadtteilarbeit, Jugendsozialarbeit)
 - *Themenfeld in dem zusammengearbeitet wird:* Jugendsozialarbeit: Lärm und Belästigungen insb. im Umfeld von Spielplätzen
- FB 6 (Bauleitplanung, Bauaufsicht)
- FB 7 (Straßenplanung und –unterhaltung)
- **Polizei**
 - *Themenfeld in dem zusammengearbeitet wird:* Alle sicherheitsrelevanten Vollzugsaufgaben
- Herbergsverein zu Lüneburg (Streetwork)
 - *Themenfeld in dem zusammengearbeitet wird:* Streetwork für Alkoholikerklientel, Treffpunkte an Buswartehäuschen, vor Geschäften usw.

SOZIALES UND FAMILIEN (Stadtteilhaus/ Allgemeiner Sozialdienst (ASD)) (Angaben wurden im Nachhinein durch den Vertreter des Ordnungsamtes schriftlich gemacht, da eine Teilnahme am Worldcafé wegen frühzeitiger Abreise nicht möglich war)

- Kontaktbeamter der Polizei
 - Einmal pro Woche findet eine Sprechstunde des Kontaktbeamten bei uns im Haus statt. Es finden Netzwerk-Veranstaltungen statt, wo wir gemeinsam wirken.

POLIZEI

- Kriminalpräventionsrat (Vermutung der Stadtplanung, keine Aussage der Polizei selbst)

(Angaben wurden im Nachhinein durch den Vertreter des Ordnungsamtes schriftlich gemacht, da eine Teilnahme am Worldcafé wegen frühzeitiger Abreise nicht möglich war)

- Ordnungsamt / Versammlungsbehörde / Straßenbauamt / Sozialamt → **Stadtverwaltung**
- Jugendamt / Jugendgerichtshilfe
- Freie Träger der Jugendpflege
- Schulen / Kindergärten / Jugendzentren
- Kooperation mit dem Kriminalpräventionsrat Stadt und Landkreis Lüneburg

3. Emden

3.1. THEMEN: Was sind sicherheitsrelevante Themenschwerpunkte in der Stadt?

WOHNUNGSWIRTSCHAFT

- Störung Hausfrieden/Hausordnung
- Vernachlässigung Reinigungspflichten
- Aspekte anderer, die mit Zustimmung markiert wurden:
 - **Verwahrlosung öffentlicher Raum**
 - Alkohol/Trunkenheit im öffentlichen Raum inkl. Belästigung/Ruhestörung
 - Drogenkriminalität (Beschaffungskriminalität)
- ❖ *es wird mit Mietern gesprochen wenn Störungen auftreten, auch Mediatoren werden bei Konflikten eingesetzt*

KOMMUNE

KOMMUNALER PRÄVENTIONSRAT

- Verkehrssicherheit / Verkehrsprävention
 - ❖ *Verkehrssicherheit ist Thema*
- Schulweg-Förderung von Kindern und Jugendlichen
- **Alkoholprävention/Programme – Projekte**
- Integrationsprogramme/projekte
- Subjektives Sicherheitsgefühl der Bevölkerung
 - ❖ *lokale Befragung hat gezeigt: es gibt in der Bevölkerung Angst vor Jugendlichen, Migranten und Betrunknenen*
 - ❖ *subjektive Sicherheit der Bevölkerung: Aufklärungsarbeit notwendig; Polizeipräsenz auch wichtig*
- Polizeipräsenz

STADTPLANUNGSAMT

• **Verwahrlosung öffentlicher Raum**

- ❖ *Verwahrlosung / Vandalismus nimmt in Emden in den letzten Jahren zu*
- Alkohol/Trunkenheit im öffentlichen Raum inkl. Belästigung/Ruhestörung
- Gestalterisches Defizit im öffentl. Raum (Möblierung/Beleuchtung/etc. → Angsträume) → subjektives Sicherheitsempfinden
 - ❖ *Es gibt städtebauliche Defizite im Sicherheitsbereich aufgrund von Planungsfehlern der 60er und 70er Jahre: es wurden Angsträume geschaffen*
 - ❖ *Platzgestaltung, die vandalismussicher ist kann dazu führen, dass auch erwünschte Personen sich nicht mehr gern dort aufhalten. In Folge sinkt die soziale Kontrolle.*
- Bevölkerungsmischung in einzelnen Wohnungsbeständen
 - ❖ *Mischung in der Belegung herzustellen ist eine Herausforderung und ein Problemfeld. In der Folge wurde ein Gebäude abgerissen, welches ein sozialer Brennpunkt war.*

POLIZEI

- Einführung einer Sperrzeitverordnung in EMD
 - Reduzierung von Straftaten
 - Schaffen einer zweistündigen Versorgungslücke
 - ❖ *Einführung einer Sperrstunde um Konflikte zu vermeiden war erfolgreich; wurde politisch verordnet (SPD). Infolge der Sperrstunde muss die Gastronomie am Wochenende um 5h und unter der Woche um 4h schließen. Damit wird bis zum Öffnen der Geschäfte eine Versorgungslücke geschaffen.*
- Ergänzungen zu **„Alkohol/Trunkenheit im öffentlichen Raum inkl. Belästigung/Ruhestörung“** von STP, dazugehörige Straftaten:
 - Drogenkriminalität (Beschaffungskriminalität)
 - Alkoholbedingte (Gewalt-) Straftaten
- ❖ *Bislang lag der Fokus im Bereich Sicherheit im Wohnumfeld weniger auf baulichen Strukturen, erst durch transit wurde der Aspekt beachtet*
- ❖ *Unterstützung der Perspektive aus Lüneburg, dass auf Gesetzesebene Aspekte der städtebaulichen Sicherheit stärker berücksichtigt werden müssten. Prävention ist keine Kernaufgabe und durch die fehlende gesetzliche Grundlage kann der Bereich der Prävention innerhalb der Polizei schnell gekürzt werden. Eine gesetzliche Grundlage würde das Polizeihandeln im Bereich der Prävention stärken.*

3.2. AKTEURE: Wie kooperieren Sie im Themenfeld Sicherheit in der Stadt?

WOHNUNGSWIRTSCHAFT

- Gesundheitsamt/Ordnungsamt
- Polizei

- Politik / OB

- **Diverse Ämter/Einrichtungen der Stadt** (Markierung als bedeutsamer Akteur erfolgte auf der Tischdecke bei den Notizen der Kommune)

KOMMUNE

STADTPLANUNGSAMT

- **Diverse Ämter/Einrichtungen der Stadt**

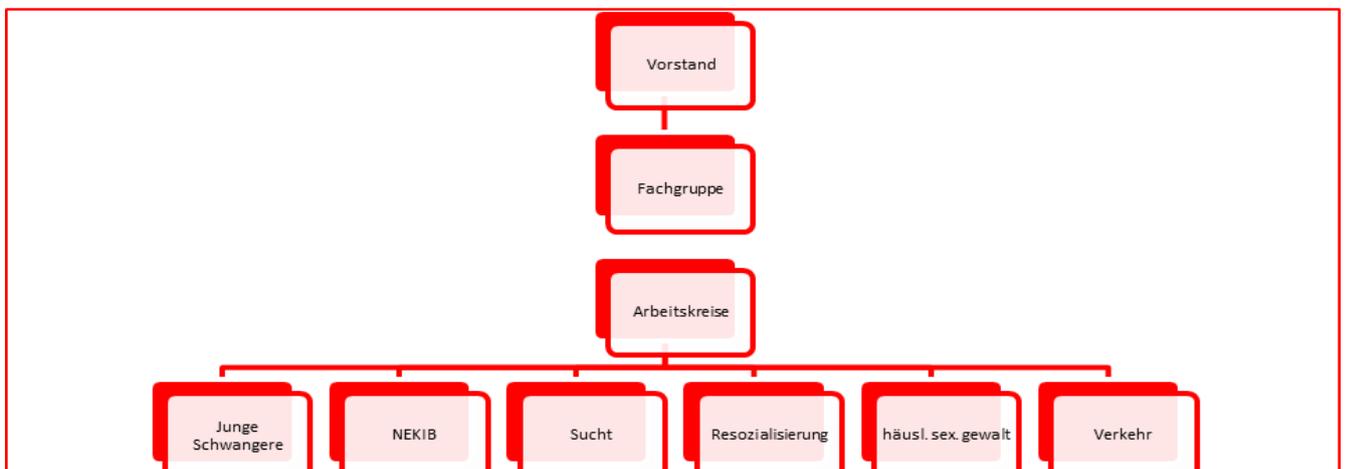
- Polizei
- Politik
- Stadtteilbeirat
- Quartiersmanagement
- Kriminalpräventiver Rat
- Vereine
- Wohnungswirtschaft

KOMMUNALER PRÄVENTIONSRAT

- **Kriminalpräventiver Rat (KPR)** Organigramm ^{3*}

- ❖ *Relevanter Akteur im Bereich Sicherheit ist der Kommunale Präventionsrat: Darstellung der Struktur; Widerspruch Polizei bzgl. Benennung*
- ❖ *Korrektur der Angabe der Polizei, dass mit den Fachgruppen des KPR zusammengearbeitet wird, die korrekte Bezeichnung ist „Arbeitsgruppen“*

³ Verein zur Förderung der Kommunalen Prävention e.V./KPR

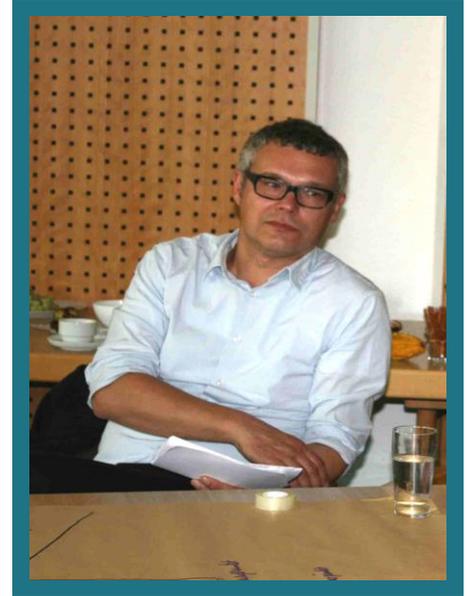
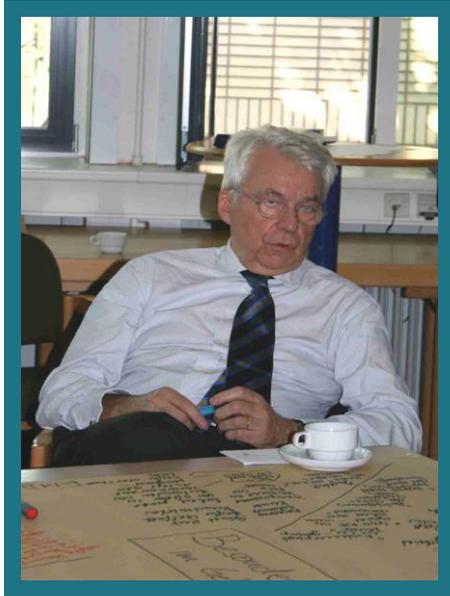


POLIZEI

- **Diverse Ämter/Einrichtungen der Stadt** Markierung als bedeutsamer Akteur erfolgte auf der Tischdecke bei den Notizen der Kommune)
 - Ausschuss Bau, Stadtentwicklung u. Umwelt
 - Polizei EMD = beratendes Mitglied
 - ❖ *Polizei ist beratend in den Ausschüssen „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ und „Bau, Stadtentwicklung und Umwelt“ vertreten und beratend tätig, Aspekte können eingebracht werden*
- Über die Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität
 - StA
 - Jugendamt
 - Jugendgerichtshilfe
- Fachgruppen (des KPR)
 - Gewaltschutz
 - Drogen
 - Verkehr
 - ❖ *Im Alltag wird mit dem kommunalen Präventionsrat kooperiert, mit seinen unterschiedlichen Fachgruppen und den dort vertretenden Institutionen, z.B. wird beim Thema familiäre Gewalt u.a. mit der Drogenberatungsstelle und der AWO zusammengearbeitet*
 - ❖ *Es fehlt kein Akteur, es sollten lediglich bestehende Kooperationen intensiviert werden. Mit der Wohnungswirtschaft wird aber eine deutlich stärkere Zusammenarbeit gewünscht.*
 - ❖ *Erläuterung für die Tischdecke *= Wunschpartner*
 - ❖ *Grund für fehlende Kooperation mit WoWi: waren bislang nicht im Fokus, erst durch transit*
- Kooperationspartner mit dem mehr Zusammenarbeit gewünscht wird: Wohnungsunternehmen

Tisch Besonderheiten im Gebiet

(Moderatoren: Dr. Bernd Leutner und Andreas Schmalfeld, F+B)



Dokumentation der Ergebnisse des World-Cafés, 17.9.2014 Besonderheiten im Gebiet (Moderation: F+B, Dr. Bernd Leutner / Andreas Schmalfeld)

Frage/Thema	Braunschweig	Emden	Lüneburg
<p>Was meinen Sie, sind die Besonderheiten in Ihrem Gebiet?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Großes Wohngebiet mit bis zu 25.000 Einwohner - 23.000 EW, 10-12 % Ausländer + viele Deutsche mit Migrationshintergrund - Vor 50 Jahren gegründet ≈ 25.000 Bewohner vorwiegend Migrationshintergrund - Heterogenes Gebiet (Bebauungsstruktur) - Unsanierete Bestände/Blöcke konzentrieren sich in bestimmten Bereichen - Stadträumlich „abgegrenzter“ Stadtteil - Öffentlich geförderter Wohnraum - Dichte Wohnbebauung - Hochhäuser - Polizeikommissariat im Gebiet - Polizeirevier im Quartier - Sehr gute Vernetzung Stadt/WU: Verein neues Netzwerk für Senioren - Intensive politische Präventionsarbeit + Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Stadt + Polizei 	<ul style="list-style-type: none"> - Gebiet mit vielfältiger Baustruktur - Vielfältige Nutzungen: <ul style="list-style-type: none"> o Wohnen o Einzelhandel o Krankenhaus o Ehemalige Kaserne - Vielfältige Bebauungsstruktur: <ul style="list-style-type: none"> o Alle Haus-/Gebäudetypen o Alle Baualtersklassen o Gemischte Bewohnerstruktur (Transfereinkommensbezieher + Mittelstand) - Bebauung „Block“ - Kasernengelände, Klinik - Stadtteil nicht „unsicherer“ als andere Stadtteile - Programmgebiet der Sozialen Stadt - Sicherheit problematisch vor allem in Beständen der renditeorientierten Anleger aber prägend- Stigmatisierung des Stadtteils (mit lokalen Mitteln nicht zu 	<ul style="list-style-type: none"> - „Wohnungsnot“ in LG - geringe Fluktuation - Lüwobau hat 400 WE im gebiet- viele schon modernisiert“ - Zertifizierung des Sicherheitskonzepts Lüwobau - Viele Maßnahmen im soz. Bereich - Familienzentrum - Fördermittel über energetische Sanierung - Wenig Instrumente der Stadt bisher <p>Ergänzungen nachträglich</p> <ul style="list-style-type: none"> - enge Straßen insb. in den älteren Quartieren mit Mehrfamilienhausbebauung, zunehmend - Parkprobleme durch Zunahme der Anzahl an Kraftfahrzeugen; soziale Spannungen im - Quartier Am Weißen Turm/Hinter der Saline

	<ul style="list-style-type: none"> - Verein Stadtteilentwicklung Weststadt - Als „Schlafstadt“ gebaut - „reine“ Schlafstadt - Aufenthaltsqualität z.B. Café fehlt immer noch überwiegend Schlafstadt - Fördermittel Stadtteilarbeit - Hoher Ausländeranteil - Negatives Image geblieben - Viele Investitionen: Modernisierungsprogramm der Wohnungsbaugesellschaften - Umgestaltung der Weststadt, durch die Wohnungsunternehmen im Zusammenarbeit mit der Stadt - WU investieren viel in Quartiere - Kooperation der 3 großen WU und der Stadt - „normaler Stadtteil“ - Sehr viel Grün - Imageproblem - Image-negativ, hoher Leerstand - Schlechtes Image ist noch vorhanden, Imageproblem - Kulturkonflikte - Viele Transferleistungsempfänger 	<p>regeln!!!!)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wohnungswirtschaftliche Probleme durch rein „renditeorientierte Bestandhalter“ <ul style="list-style-type: none"> o Leerstand + Verwahrlosung o Soziale Brennpunkte - Tatverdächtige Wohnen im Gebiet, aber Taten nicht im Gebiet, sondern anderswo, Gebiet bzgl. Kriminalität hier auffälliger - Migrationshintergrund - Sozialpolitik - Leerstände, Verkäufe (von Wohnungsbeständen → Problematik „abwesende“ Eigentümer) - Sauberkeit - Sozialer Brennpunkt - Multikulturell - Stigmatisierung - Kriminalitätsschwerpunkt 	
--	--	---	--

	<ul style="list-style-type: none"> - Kaum Leerstände in den Wohnungsbeständen - 2 Ganztagschulen, bald 3 - Jugendzentren - 3 Treffpunkte (niedrigschwellig) 		
Wie hat sich das Gebiet bzgl. sicherheitsrelevanter Aspekte entwickelt?	<ul style="list-style-type: none"> - Positives Beispiel für Gebietsentwicklung - Früher kriminologisch auffällig, besser geworden - Negatives Image könnte sich „auswachsen“ - Bereits Besserung durch bauliche Veränderungen und Kontrollen seitens Polizei und Kommune (zentraler Ordnungsdienst) - Wandel von Problemquartieren zum befriedeten Wohnquartier - Durch Modernisierungen Abbau der Ghettoisierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Kriminalitätsverlagerung durch Abriss des Glaspalastes - <i>Stadtteil war früher in Emden ein unauffälliger Mittelschichtsstadtteil, seit den 1970/80er Jahren starker Imageverlust</i> - Imagewandel versucht im Programm Soziale Stadt, aber noch keine konkreten Erfolge - <i>Abriss des ersten Glaspalastes war positiv für das Gebiet</i> 	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherheitslage hat sich positiv entwickelt durch Modernisierung 2010: Gartengestaltung, Gegensprechanlagen <p>Ergänzungen nachträglich</p> <ul style="list-style-type: none"> - Für das Quartier Am Weißen Turm/Hinter der Saline sollen städtebauliche Fördermittel eingeworben werden.
Welchen Handlungsbedarf sehen Sie in Ihrem Fallstudienort?	<ul style="list-style-type: none"> - Jugendliche treffen sich, Alkoholkonsum, Lärm, Randalen, Vandalismus - Soziale Problemlagen im stadtweiten Vergleich sehr groß, hohe Transferabhängigkeit - Qualitätsmanagement im Entwicklungsprozess (der Weststadt notwendig) - Lichtquellen wieder aktivieren (es gab Sparmaßnahmen bzgl. der Beleuchtung im 	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Umgang mit dem noch bestehenden „Glaspalastes“ mit vielen Einzeleigentümern? (Beispiel „Nassauische Heimstätte?“)</i> - <i>Bei der Gebietsentwicklung neben investiven Maßnahmen auch nichtinvestive Maßnahmen stärker berücksichtigen</i> - <i>Mehr Austausch zwischen den Akteuren</i> 	<ul style="list-style-type: none"> - Problem, wie wird Gebiet abgegrenzt? - „Handlungsbedarf bei Stärkung der Nachbarschaft“ - 1970er Jahre Bestände + Übergang EFH/RH/ teilweise Hochhäuser mit ziemlichen Problemen - Eigentum: städt. WoBau-Gesellschaft/ „Heuschrecken“ - Kooperation mit Wohnexterne Eigentümer

	<p><i>gesamten Stadtgebiet)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Baul. Maßnahmen (Beleuchtung, Grünflächen) - Leider einige WU die sich nicht beteiligen Renditeorientiert - Einzelne Hochhäuser mit häufig wechselnden Eigentümern 		<p>einbinden</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mieterzusammensetzung aktiv steuern, jedoch mit sozialem Wohnungsbau <p>Ergänzungen nachträglich</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sanierungsbedarf wurde erkannt und wird aktuell auch umgesetzt, umfangreiche Baumaßnahmen (energetische Sanierungen) laufen derzeit - Allein das etwas passiert, macht den Bereich schon „attraktiver“ - „dunkle Ecken“ und Schmutz müssen verschwinden - Bei der Bebauung des „Salinegeländes“ sollten die Wünsche der Anwohner berücksichtigt werden - Verbindungsstrecke zwischen Edeka und Soltauer Straße ist zu dunkel, ein Radweg fehlt, im Bereich des Museums fehlt Übersichtlichkeit, Beinaheunfälle zwischen Fußgängern und Radfahrern sind an der Tagesordnung (zumindest geht mir das so) - Die dortige Parkbank wird von „Alkoholikern“ genutzt, es bleibt viel Müll liegen (Scherben, Flaschen), Passanten werden angepöbelt, der angrenzende Spielplatz kaum mehr genutzt - Zwischen den Gebäude ist es sehr dunkel, Bäumen nehmen sehr viel Licht weg
--	--	--	--

2. Ergebnisse des zweiten Workshops am 18.11.2015

Der zweite Workshop am 18.11.2015 dient der Reflexion der empirischen Phase in den Fallstudienstädten. Zuerst wird eine rückblickende Zusammenfassung des Projektteams über die bisherigen gemeinsamen Schritte durchgeführt. Ausführlich werden folgende Punkte angesprochen:

- Online Befragung von Wohnungsunternehmen zu sicherheitsrelevanten Themen
- Durchführung des ersten Workshops „World Café“
- Bevölkerungsbefragung an den Fallstudienstandorten zum Sicherheitsempfinden und den daraus resultierenden „Angsträumen“
- Erstellen von kleinräumigen Kriminalitätslagebildern in Braunschweig-Weststadt, Emden-Barenburg und Lüneburg-Mittelfeld für das Jahr 2013 und den daraus resultierenden „Gefahrenorten“
- Sowie die Durchführung der interdisziplinären Begehungen mit Hilfe eines Kriterienkataloges zu sicherheitsrelevanten Aspekten. Mit dem Expertenwissen im Hinterkopf wurden Unsicherheiten aus nutzungsorientierter Perspektive erfasst.

Anschließend wird in den Verlauf der Arbeitsgruppen am Nachmittag eingeführt. Mit Hilfe der Metaplan-Methode wird mit einer ersten Arbeitsgruppe in den einzelnen Institutionen mit freier Perspektivenphase. Die zweite Arbeitsgruppe innerhalb der Städte beschäftigt sich mit der Realisierungsphase. Ziel des Workshops ist es, Ansatzpunkte für eine gestärkte, interdisziplinäre Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und konkrete Kooperationsmöglichkeiten auszuloten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden am Ende der Phasen zusammengeführt und in der gesamten Gruppe von den Teilnehmenden vorgestellt und diskutiert.

Die Metaplan-Methode

Die Metaplan-Methode ist eine partizipative Methode mit begleitender Leitung. Durch die Moderation werden impulsgebende Anregungen für Diskussionsprozesse gegeben. Moderationsphasen sind immer dann erforderlich, wenn „in Gruppen Informationen gesichtet, Assoziationen gebildet, ein Brainstorming durchgeführt, Planungs- und Entscheidungsprozesse visualisiert und transparent geklärt werden sollen“ (vgl. Schnelle 1982)¹. Für die Strukturierung der Diskussion und zur Sicherung der Ergebnisse sind die schriftliche Aufnahme von Stichworten und die spätere Sortierung der einzelnen Hinweise in Absprache mit den Diskutanten erforderlich. Charakteristisch für die Metaplanmethode ist die Verbindung bestimmter Materialien wie Pinnwände, Packpapier, bunte Karten und dicke Stifte und die Moderation durch geschulte Moderatorinnen und Moderatoren. Das Anheften der Karten ist insbesondere für die Ideensammlungen wichtig und dient der demokratischen Entscheidungsfindung. Mit Hilfe der Präsentationsform werden kommunikative Prozesse gefördert, Entscheidungen transparent gemacht und Probleme zu einzelnen Punkten miteinander diskutiert werden.

¹ Schnelle, Eberhard (Hg.) (1982): Metaplan Gesprächstechnik. Kommunikationswerkzeug für die Gruppenarbeit, Quickborn

Dokumentation zweiter Workshop Erste Runde

In der ersten Runde wurden alle Vertreterinnen und Vertreter der Disziplinen stadtübergreifend zusammengesetzt. Anhand der nachfolgend aufgelisteten Fragestellungen sollten sie untereinander diskutieren und ihre Erfahrungen austauschen. Mit diesem Ansatz bietet sich ein disziplineninternes Gespräch, um die Gelegenheit zu bieten, Information aus erster Hand auszutauschen und ggf. übertragbare Ansätze in die eigene Stadt zu transportieren. Anhand folgender Fragen sollte diskutiert werden:

1. *Welchen Stellenwert hat das Thema der Sicherheit im Wohnumfeld in ihrer Institution – gegenwärtig?*
2. *Was brauchen Sie, um im Themenfeld „Sicherheit im Wohnumfeld“ effektiver wirken zu können (Mittel, Personal, Zugänge, Informationen, Methoden, Strukturen)?*
3. *Wie kann die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in diesem Themenfeld gefördert werden?*

Polizei



Kommunen



Wohnungsunternehmen



Tabellarische Darstellung der Beiträge

FRAGESTELLUNG	POLIZEI	KOMMUNEN	WOHNUNGSWIRTSCHAFT
<p>Welchen Stellenwert hat das Thema der Sicherheit im Wohnumfeld in ihrer Institution – gegenwärtig?</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ LKA bekam 2003 den politischen Auftrag, Kriminalpräventive Aspekt im Städtebau als Aufgabe zu verbreiten. Seitdem bereitet das LKA dieses Thema auf und bringt es vom Land in die lokale Ebene (z.B. über Projekte und Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen). <p>Braunschweig</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Auf Ebene der PK –Süd in Braunschweig kommen keine Maßnahmenempfehlungen zur Kriminalprävention im Städtebau an. Es ist ein Unterschied, ob man mit der PD, der PI oder einem PK Kontakt aufnimmt. In einem Ausnahmefall gab es einen einmaligen Kontakt zwischen einem BFK und der Kommune über Themen wie Einbruchschutz und Sicherheit im Wohnumfeld in einem frühen Planungsstadium als „Kür“. Ansonsten ist das Thema ein weißer Fleck im Tätigkeitsbereich 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Sicherheit ist als Daueraufgabe zu sehen und nicht nur für einzelne Projekte relevant <p>Braunschweig</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Bedeutung des Sicherheitsaspekt in der Planung bisher gering – sollte erhöht werden ■ Stadtplanung sollte und will interdisziplinär denken – alle Aspekte sollten beachtet werden – auch Sicherheit nicht vernachlässigen sondern in der Bedeutung erhöhen ■ „schön“ ist häufig auch „sicher“ – es ist jedoch stets eine Abwägung erforderlich ■ Wichtig ist ein kommunikativer Ansatz mit der Bevölkerung – Gerade in der Weststadt mit dem hohen Anteil älterer Menschen sind Aufklärung und eine Stärkung des Quartiersbewusstseins wichtig ■ Zwischen den Phasen „Planung“ und „Nutzung“ besteht ein „Loch“. Die beiden Phasen müssen stärker miteinander verzahnt und gemeinsam gedacht werden 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Müllproblem durch das Wiegen der Abfälle führt zu Verschmutzungen im Stadtteil (Emden) ■ Sicherheit ist mitgedachter Bestandteil von Wohnungsmodernisierungen ■ Wohnungsunternehmen sind durch Maßnahmen im Rahmen des Programms Stadtumbau West (Weststadt) sensibilisiert für die Arbeit in anderen Stadtteilen ■ Thema bei Freiraummaßnahmen: Baumschnitt und Beleuchtung ■ Sicherheit bei Neugestaltung von Eingangsbereichen auf der Agenda ■ Bei der Neuplanung von Wohngebieten sind Sicherheitsfragen zentral (Check Planung der Außenanlagen) ■ Schnelle Reaktion auf Graffiti zusammen mit Stadtteilmanagement (innerhalb von 24 h) ■ Müllmanagement für Sauberkeit im Quartier mit verantwortlich, rasche Reinigung

FRAGESTELLUNG	POLIZEI	KOMMUNEN	WOHNUNGSWIRTSCHAFT
<p>Welchen Stellenwert hat das Thema der Sicherheit im Wohnumfeld in ihrer Institution – gegenwärtig?</p>	<p>Emden</p> <ul style="list-style-type: none"> Polizei ist Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss und bedient die zwei Themenbereiche Stadtentwicklung und Umwelt sowie Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Kriminalprävention im Städtebau ist in Emden kein Kernthema, bei aktuellen Entwicklungen werden personelle Ressourcen für Kernthemen eingesetzt. <p>Lüneburg</p> <ul style="list-style-type: none"> Ausgangsthemen für die Kriminalprävention im Städtebau ist das polizeiliche Kernthema WED und Einbruchschutz. In dieser Thematik wird der Blick vom Haus geweitet auf den Städtebau. In Ausnahmefällen erfolgen polizeiliche Infos bei Bürgerbeteiligungsverfahren. Aktuell gibt es keine Berücksichtigung der subjektiven Sicherheit. Eine permanente Einbindung existiert nicht. 	<p>Lüneburg</p> <ul style="list-style-type: none"> Sicherheit ist bisher in der Arbeit in der Kommune nur ein Nebenprodukt In der räumlichen Planung „verliert“ sich der Sicherheitsaspekt in der Alltagsarbeit leicht Problem in der Argumentation: Prävention zahlt sich nicht sofort aus <p>Emden</p> <ul style="list-style-type: none"> Sicherheit im Wohnumfeld spielt in der kommunalen Prävention eine untergeordnete Rolle – es stellt jedoch auch kein Problem dar Kleine Dinge des Alltags haben eine hohe Sicherheitsbedeutung und werden häufig vernachlässigt (z.B. die Neupflasterung und Ausleuchtung eines kleinen Fußwegs im Quartier) 	
<p>Was brauchen Sie, um im Themenfeld „Sicherheit im Wohnumfeld“ effektiver wirken zu können (Mittel, Personal, Zugänge, Informationen, Methoden, Strukturen)?</p>	<p>Lüneburg</p> <ul style="list-style-type: none"> erforderlich ist ein langer Atem, um Themen zu platzieren und in die öffentliche Aufmerksamkeit zu bringen. Nicht alles, was Polizei kann und weiß wird abgefragt. →es entspannt sich eine Diskussion an der Frage, ob polizeiliche Kompetenz als Hol- oder Bringschuld verstanden und aufgefasst wird. Festgestellt wird, 	<p>Braunschweig</p> <ul style="list-style-type: none"> Der Kriterienkatalog der Begehung sollte konsequent in der Planung Anwendung finden Akteure der Phasen „Planung“ und „Nutzung“ sind unterschiedlich müssen aber mehr miteinander arbeiten um den Bruch vom fertigen Raum und der dann einsetzenden Nutzung zu vermeiden direkte, unmittelbare Rückkopplungen von anderen Fachbereichen wären hilfreich 	<ul style="list-style-type: none"> Vorreiterrolle von großen Wohnungsunternehmen in Braunschweig → kleinere Wohnungsunternehmen sind „mitzunehmen“ Koordinierungsstelle für Sicherheit im Wohnumfeld etablieren (beim Präventionsrat) Frühzeitige(re) Informationen über Planungsmaßnahmen durch die Stadt (EMD) (Bsp. Straßenbau ohne Radwege)

FRAGESTELLUNG	POLIZEI	KOMMUNEN	WOHNUNGSWIRTSCHAFT
<p>Was brauchen Sie, um im Themenfeld „Sicherheit im Wohnumfeld“ effektiver wirken zu können (Mittel, Personal, Zugänge, Informationen, Methoden, Strukturen)?</p>	<p>dass eine Lücke beim Transport von polizeilichem Wissen in Planungsprozesse entsteht und dass Planung wohl nicht genau weiß wo Informationen abgefragt werden können</p> <p>Emden</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Hilfreich wäre eine Vermittlung von Infos und Methoden zur Erweiterung des eigenen Blicks, um städtebauliche Situationen bewerten zu können. <p>Braunschweig</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ bemängelt Störungen im Informationsfluss als Top-Down-Strategie. ■ Grundsätzlich ist anzustreben, dass Kriminalprävention im Städtebau als Querschnittsthema und somit als Kernthema Berücksichtigung findet. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ordnungsprobleme sollten systematisch erfasst werden – können eine wertvolle Informationsgrundlage für Maßnahmen sein ■ Insbesondere die Sachbearbeiterebene sollte beim Thema Sicherheit mit einbezogen werden – Vorteil: Sehr gute Kenntnisse der Gegebenheiten und direkter Kontakt zum Bürger. Dieses Thema nicht ohne Rückkopplung auf der Führungsebene behandeln. <p>Lüneburg</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Bürger verstehen nicht, warum die verschiedenen Verwaltungseinheiten nicht ausreichend miteinander kooperieren/sich abstimmen – ist auch nicht vermittelbar. Die fachübergreifende Arbeit ist optimierbar ■ Das Akteursnetz (innerhalb der Verwaltung) ist zu wenig eng – Abstimmung findet nicht frühzeitig statt <p>Emden</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Sozialraumanalysen sollten mit polizeilichen Daten ergänzt werden – ist technisch und datenschutzrechtlich möglich und in Emden vorgesehen ■ Diese Daten sollten zudem mit subjektiven Daten (Bürgerrückmeldungen, Ergebnisse von Begehungen usw.) ergänzt werden. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Infos der Polizei über räumliche Schwerpunkte der Kriminalität an Wohnungsunternehmen übermitteln ■ Aktivere Rolle der Polizei im Kontakt zu den Wohnungsunternehmen ■ Information über den Zusammenhang von Wohnzufriedenheit und Sicherheit im Wohnumfeld ■ Mehr Informationen über Kriterien/ Maßnahmen für mehr Sicherheit im Wohnumfeld bzw. Sicherheitsmaßnahmen generell

FRAGESTELLUNG	POLIZEI	KOMMUNEN	WOHNUNGSWIRTSCHAFT
<p>Wie kann die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in diesem Themenfeld gefördert werden?</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Strukturierte und stärkere Einbindung der polizeilichen Perspektive in Planungsprozesse ■ Transparenz von Verwaltungs- und polizeilichen Strukturen (was kann wo und in welcher Verbindlichkeit erwartet werden) ■ Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Verantwortungsträger und die umsetzende Ebene ■ Wissenstransfer zwischen den Akteuren und innerhalb der eigenen Strukturen ■ Bewerbung der polizeilichen Kompetenz z.B. über die Präventionsräte und den vdw ■ Akzeptanz der polizeilichen Empfehlungen – nicht ausschließlich ein Kostentreiber 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kompromissbereitschaft aller Akteure ist wichtig ■ Der politische Wille und die Aufgeschlossenheit der Hauptverwaltungsbeamten ist essentiell – aber: Sicherheit darf auch nicht zur Bühne der Politik werden. ■ „Politischer Arbeitskreis“ als Träger von Projekten in die politische Diskussion („Sprachrohr“) ■ Städtebauliche Entwicklungskonzepte (insbesondere Sanierungskonzepte) mit allen Akteuren (auch Polizei und Ordnungsamt) gemeinsam entwickeln/abstimmen ■ Regelmäßige Sozialraumkonferenzen / Stadtteilrunden durchführen – bringen die Akteure und Themen zueinander, hier auch die Wohnungswirtschaft einbeziehen, zudem Politik, soziale Akteure, Verwaltung, Polizei – aber jemand muss hierfür „den Hut aufhaben“ (Verwaltung?) ■ „Stadtteilhäuser XXL“ – also Orte wo Politik, Ehrenamt, Polizei und soziale Dienste für den Bürger an einer Stelle ansprechbar sind ■ Kurze Abstimmungswege (von kleinen Kommunen lernen) ■ „Mehrzielprojekte“ mit dem Blick auf Sicherheitsthemen gezielt umsetzen. ■ Akteure müssen für die Sicherheitsarbeit Freiräume erhalten (mit in die Stellenbeschreibung einplanen) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Koordinierungsstelle in der Stadt zum Thema Sicherheit im Wohnumfeld einrichten → Aktiver Kümmerer wäre wichtig ■ In Planungsrunden (auch) diejenigen Personen/ Mitarbeiter einbeziehen, die (später konkret) am Thema arbeiten ■ Aktivere Kommunikation der Polizei in Richtung der Wohnungsunternehmen

FRAGESTELLUNG	POLIZEI	KOMMUNEN	WOHNUNGSWIRTSCHAFT
<p>Wesentliche Ergebnisse</p>	<p>Die Vertreter der Arbeitsgruppe sind sich einig, dass eine Klärung über die Hol- oder Bringschuld der polizeilichen Perspektive in Stadtplanungsprozessen stärker geregelt sein sollte. Die Koordination eines transparenten und strukturierten Vorgehens wäre sinnvoll. Die formale Beteiligung als Träger öffentlicher Belange (TÖB) in städtebaulichen Verfahren ist aus Sicht der Polizei nicht transparent genug. Es gibt keine direkten Informationen und Begründungen zur Annahme oder Ablehnung einer Stellungnahme. Ein Problem besteht darin, dass die Einwände der Polizei häufig als kostentreibend abgetan werden, dabei sollen die Fakten tatsächlich beziffert werden. Das Wissen der Polizei sollte einerseits stärker nachgefragt werden - andererseits sind Fort- und Weiterbildungs-Maßnahmen für die Polizei erforderlich, um qualifizierte Stellungnahmen einzubringen und in aktuelle Entwicklungen eingebunden zu sein. Die Vertreter wünschen sich eine verbindliche Weitergabe von Informationen innerhalb und zwischen den Strukturen.</p>	<p>In der Arbeitsgruppe „Kommunen“ herrscht Einigkeit, dass das Thema „Sicherheit im Wohnumfeld“ bisher kaum Beachtung erfährt. In der Regel bestehen in den Quartieren jedoch auch keine massiven Sicherheitsprobleme. Dennoch sehen alle Akteure Optimierungsmöglichkeiten gerade in der fachübergreifenden Zusammenarbeit. Es besteht der Wunsch die Zusammenarbeit und Abstimmung untereinander zu intensivieren – die Brüche innerhalb der Verwaltung aber auch gegenüber externen Partnern (Wohnungswirtschaft, Polizei) sind spürbar und verhindern eine effektivere Sicherheitsarbeit. Entsprechend orientieren sich die Wünsche für die Zusammenarbeit auf eine stärkere Unterstützung durch die Politik und Verwaltungsspitze, breitere und institutionalisierte Vernetzungsgremien mit lokaler Ausrichtung (Stadtteiltrunden) und der Änderung in der eigenen Haltung konstruktiver mit anderen Fachbereichen zusammenzuarbeiten.</p>	<p>Der Stellenwert des Themas ist häufig in „Pilotprojekten“ (im Sinne von Quartiersentwicklung, große Modernisierungsprojekte, Neubauprojekte) hoch. Die Aufgabe für die Wohnungsunternehmen besteht darin, den Stellenwert des Themas in diesen Pilotprojekten mit „in den Alltag“/die normale Bestandsbewirtschaftung zu überführen.</p> <p>Kleinere Eigentümer und ortsfremde Bestandshalter sind für das Thema schwierig zu gewinnen</p> <p>Gewünscht wird eine zentrale Koordinierungsstelle („Kümmerer“) vor Ort, bei dem die die Fäden zusammenlaufen.</p> <p>Kommune und Polizei sollten Wohnungsunternehmen von sich aus mehr/besser mit Informationen versorgen.</p>

Die angeregte Diskussion wurde von den Moderatorinnen und Moderatoren auf die Fragestellungen hin abgefragt und Aussagen notiert und den entsprechenden Fragen zu sortiert, um die Ergebnisse aus der ersten Runde zu sichern und in die nächste Runde einfließen zu lassen.

Dokumentation Workshop Zweite Runde

Stadtintern wurden nun die Ergebnisse aus der ersten Runde untereinander diskutiert. Dabei konnten die Vertreterinnen und Vertreter aus den jeweiligen Disziplinen bereits aus den Erfahrungen der anderen Städte berichten und erörtern, ob ein existierender Ansatz auf die eigene Situation übertragbar sein könnte.

4. *Wo sehen Sie Überschneidungen, wo Unterschiede zwischen den Wünschen der Akteursgruppen?*
5. *Was können Sie selbst tun, um die Wünsche der anderen Akteure Ihrer Stadt zu berücksichtigen?*
6. *Was müsste sich in der Stadt / Institution / an Rahmenbedingungen ändern, um den Wünschen für einen besseren Umgang mit dem Themenfeld der Sicherheit im Wohnumfeld entgegenzukommen?*

Braunschweig



Emden



Lüneburg



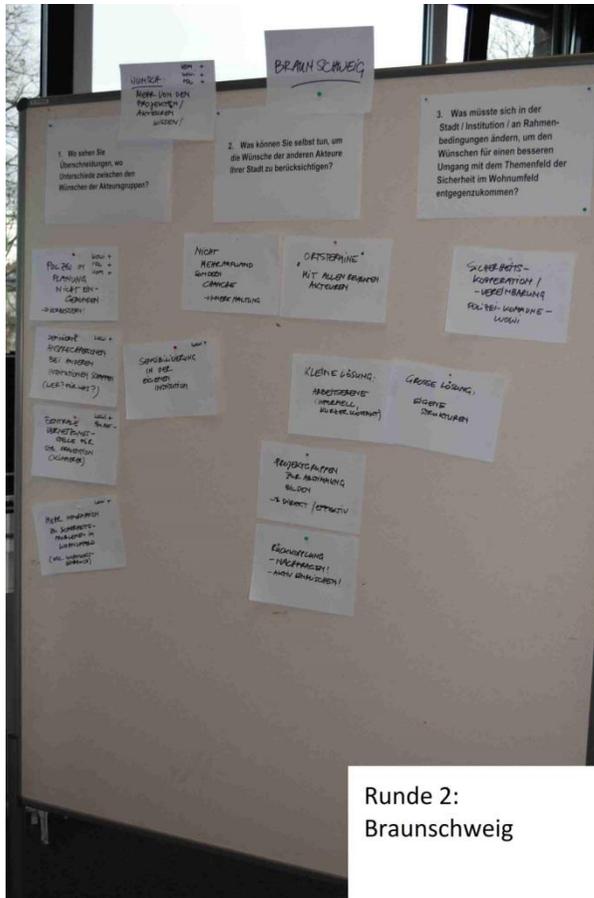
FRAGESTELLUNG	BRAUNSCHWEIG	EMDEN	LÜNEBURG
<p>Wo sehen Sie Überschneidungen, wo Unterschiede zwischen den Wünschen der Akteursgruppen?</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Problem: Polizei soll mehr in (städtebauliche) Planungen eingebunden werden (von allen Akteure) ■ Definierte Ansprechpersonen für Sicherheitsaspekte bei anderen Institutionen schaffen/benennen (Unklarheit, wer für was verantwortlich ist) (insb. von der Wohnungswirtschaft) ■ Zentrale Vernetzungsstelle für städtebauliche Prävention schaffen (insb. von der Wohnungswirtschaft) – der Präventionsrat kann diese Funktion in der aktuellen Ausgestaltung jedoch nicht übernehmen ■ Mehr Informationen zu Sicherheitsproblemen im Wohnumfeld erfahren (insb. von der Wohnungswirtschaft) ■ Sensibilisierung für das Thema innerhalb der eigenen Institution verstärken (insb. Kommune und Wohnungswirtschaft) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gewünscht wird die Verbesserung der Informationsweitergabe zwischen der Kommune-Polizei-Wohnungswirtschaft ■ Stärkere Einbindung der Akteursgruppe Wohnungswirtschaft auch mit den Aktienorientierten und nicht lokal verbundenen Unternehmen, die Probleme werden dort größer eingeschätzt als in den lokal verantwortlichen Unternehmen. ■ Sowohl Kommune als auch Polizei wünscht sich stärkere Einbindung der Wohnungsunternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Sicherheit um Wohnumfeld für die Polizei (bisher) nur ein Randthema ■ Thema wird in der Stadt nicht priorisiert diskutiert ■ Polizei hat den Eindruck, dass die Wohnungswirtschaft nur auf die Kosten schaut ■ Schönheit/Architekturqualität vor Sicherheit ■ Problem im organisatorischen Aufbau: Hierarchisch bei der Polizei, interaktiv innerhalb der Verwaltung ■ Zum Teil fehlende Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit Polizei, Verwaltung und Wohnungswirtschaft ■ Problem der Anonymisierung der Verwaltung von überregionalen Wohnungsunternehmen ■ Alle Akteure haben ein gemeinsames Ziel: Mehr Sicherheit im Wohnumfeld
<p>Was können Sie selbst tun, um die Wünsche der anderen Akteure Ihrer Stadt zu berücksichtigen?</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Eigene innere Haltung verbessern: Prävention und Sicherheit sind kein Mehraufwand sondern eine Chance ■ Aktive Rückkopplung – sich stärker einmischen/einbringen wenn man denkt man kann einen Beitrag leisten, nachfragen wenn man denkt da könnte sich etwas interessantes ergeben, nicht warten sondern sich proaktiv einbringen ■ Verstärkt Ortstermine mit allen relevanten Akteuren durchführen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Sich für den stärkeren Austausch zur Verfügung stellen ■ Sicherheit im Wohnumfeld findet aktuell im KPR wenig Beachtung. Sinnvoll sind kleinräumige Analysen und Sozialraumkonferenzen, die sich regelmäßig und anlassbezogen austauschen und die das bestehende Netzwerk beispielsweise über die stärkere Einbindung der Wohnungswirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Polizei ist bereit für eine aktivere Zusammenarbeit mit Verwaltung und Wohnungsunternehmen ■ Sicherheitsfragen in Curricula für MA-Schulung/Ausbildung aufnehmen

FRAGESTELLUNG	BRAUNSCHWEIG	EMDEN	LÜNEBURG
	<ul style="list-style-type: none"> ■ Projektgruppen zur Abstimmung bilden und die Thematik dort direkt mit allen Akteuren besprechen statt langwierige Abfragen bei allen Verwaltungsstellen einzeln, Projektgruppen sind direkt und effektiv und lösen sich wieder auf, wenn das Thema behandelt wurde ■ Kleine Lösung: Arbeitsebene intensiviert den direkten Kontakt untereinander (informell) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wechselseitige Einbindung und Abstimmung zwischen Polizei und Eigentümer (Wohnungsunternehmen) z.B. wird das Wohnungsunternehmen bei Beschädigung des Eigentums nicht zwingend eingebunden und erfährt Handlungsbedarf nebenbei oder über die Mieterschaft. 	
<p>Was müsste sich in der Stadt / Institution / an Rahmenbedingungen ändern, um den Wünschen für einen besseren Umgang mit dem Themenfeld der Sicherheit im Wohnumfeld entgegenzukommen?</p>	<ul style="list-style-type: none"> ■ Große Lösung: Es werden eigenständige Strukturen und Abläufe geschaffen, die das Thema „Sicherheit im Wohnumfeld“ auch langfristig in der Bearbeitung berücksichtigen ■ Formelle Sicherheitskooperation/ Sicherheitsvereinbarung zwischen Kommune, Wohnungswirtschaft und Polizei 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Als Basis für eine bessere Kooperation wird die Schaffung formeller Strukturen angesehen. Damit können Netzwerke aktiv, verlässlich und dauerhaft ausgebaut und verstetigt werden. ■ Für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sind personelle Kontinuitäten erforderlich. ■ Inhaltlich will sich Emden mit der Frage beschäftigen, was unter Sicherheit im Wohnumfeld in den einzelnen Disziplinen verstanden wird. Daraus ergibt sich eine Definition von Inhalten, Maßnahmen und Kosten, die in einer nächsten Projektstruktur einfließen soll. Dazu könnte das neue Programmgebiet der Sozialen Stadt „Transvaal“ dienen. 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Neuen Arbeitskreis im Kriminalpräventiven Rat Lüneburg für sicheres Bauen und Wohnen gründen ■ Mehr Verbindlichkeit durch klare politische Vorgaben und Aufnahme in Aufgabenbeschreibung / Zielvereinbarung ■ Integrierte Planungstreffen zur Vorbereitung von Sanierungsgebieten („Weißer Turm“) ■ Thema Sicherheit im Wohnumfeld in Bauausschusssitzung vortragen → Prioritäten ■ Immobilienwirtschaftliche Verbände sollte ihren Mitgliedern Werbung für die Beratungsleistungen der Polizei machen
<p>Wesentliche Ergebnisse</p>	<p>Die Arbeitsgruppe „Braunschweig“ griff den Aspekt der zu geringen Abstimmung zwischen den Akteuren heraus. Aktiv wird daran angesetzt die Zusammenarbeit untereinander zu verstärken – durch gezielte Ortstermine, durch verstärkte Nutzung von (temporären) Arbeitsgruppen zur Abstimmung ganz konkreter Themen und auch durch eine stärkere eigene Initiative, nicht nur passiv auf eine</p>	<p>Emden ist insgesamt schon ganz gut aufgestellt. Die schmalen Verwaltungsstrukturen bieten Möglichkeiten für einen zügigen und direkten Austausch (z.B. die Einbindung der Polizei im Stadtentwicklungsausschuss). Gewünscht wird eine wechselseitige Abstimmung zwischen Polizei, Kommune und Wohnungsunternehmen als Eigentümer.</p>	<p>Sicherheit im Wohnumfeld ist für alle drei Akteure (Polizei, Verwaltung, Wohnungswirtschaft) ein wichtiges Thema – auch wenn es bislang zum Teil eher am Rande der täglichen Arbeit lag Diese für alle Akteure hohe Relevanz des Themas ist ein verbindendes Element, welches die gemeinsame zukünftige Arbeit zum Thema erleichtert</p>

FRAGESTELLUNG	BRAUNSCHWEIG	EMDEN	LÜNEBURG
<p>Wesentliche Ergebnisse</p>	<p>Einbeziehung zu warten sondern aktiv Mitwirkung anzubieten. Hier spielt das Kennen des Gegenübers eine wichtige Rolle, weil dadurch Anfangshürden der Zusammenarbeit leichter übersprungen werden können.</p> <p>Ungeachtet dieser Ebene, die durch die Akteure selbst gestaltet wird, wird parallel auch eine strukturell-formale Verbesserung für wichtig erachtet. Insbesondere eine Grundsatzvereinbarung zur Zusammenarbeit, die von den jeweiligen Spitzen der Akteursgruppen getragen wird (Sicherheitsvereinbarung zwischen Kommune, Wohnungswirtschaft und Polizei) ist hilfreich, um die Zusammenarbeit zu erleichtern. Eine solche Sicherheitsvereinbarung soll daher in den jeweiligen Akteursgruppen als Impuls eingebracht werden.</p>	<p>Im neuen Programmgebiet Transvaal will sich Emden stärker um die Berücksichtigung von Sicherheitsbelangen im Wohnumfeld kümmern und einen inhaltlichen Diskurs zwischen den Beteiligten anregen.</p>	<p>Vor diesem gemeinsamen Hintergrund erscheint die Integration des Themas in den in Lüneburg bereits bestehenden und etablierten Kriminalpräventiven Rat sinnvoll.</p>

Fragencluster der drei Kommunen zu den einzelnen Fragstellungen

Braunschweig



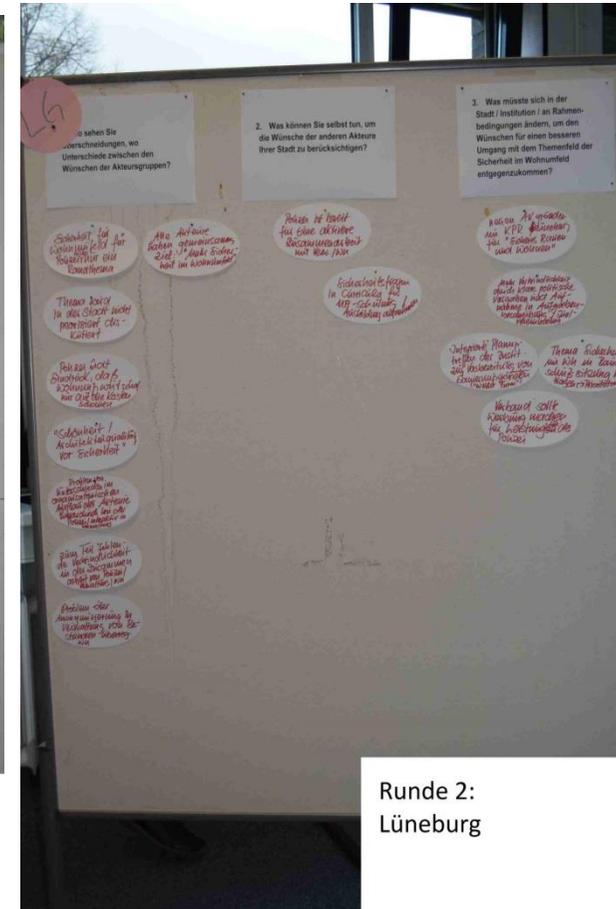
Runde 2: Braunschweig

Emden



Runde 2: Emden

Lüneburg



Runde 2: Lüneburg

BRAUNSCHWEIG	EMDEN	LÜNEBURG
<p>„Vom gestrigen Treffen habe ich vor allem die Überzeugung und Bitte mitgenommen, dass ein derartige Austausch zu Sicherheitsfragen (auch über das Wohnumfeld hinaus) untereinander und mit anderen Städten eine ständige Einrichtung werden sollte.“</p> <p>„Ich persönlich finde den Austausch mit den Teilnehmern aus unterschiedlichen Disziplinen immer wieder spannend und hilfreich. Daneben ist auch die Netzwerkbildung positiv zu erwähnen.“</p> <p>„[...] unsere Anmerkungen als Bedienstete der Stadt in einer Email zu bündeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Präventionsarbeit ist eine Daueraufgabe ■ Netzwerkarbeit ressortübergreifend ■ Handlungsfelder zum Thema "Sicherheit" erarbeiten, Strukturen schaffen, im Austausch bleiben ■ durch Transit für das Thema sensibilisiert ■ interdisziplinäre Zusammenarbeit nicht als "Arbeit" sondern als "Chance" begreifen ■ Ein Abschlussbesuch in Braunschweig, verbunden mit der Vorstellung des Projektes in einer erweiterten Runde, ist zu begrüßen, da auch vorgesetzte Stellen sowie Kolleginnen und Kollegen großes Interesse an einer Darstellung der Ergebnisse haben. ■ Das Thema „Sicherheit im Wohnquartier“ gewinnt durch die aktuelle Flüchtlingsdebatte und bedrohliche Terrorszenarien für die Bevölkerung in ihrem Sicherheitsbedürfnis und in Hinblick auf das sozio-kulturelle Zusammenleben noch einmal eine neue Bedeutung. <p>Angesichts heterogener Anwohnerschaft (Alter, Herkunft, Geschlecht etc.) müssen unterschiedliche Interessen Berücksichtigung finden; dies wäre in einem weiterführenden, moderierten (Beteiligungs-)Verfahren sicherzustellen.“</p>	<p>„Obwohl wir unserer Meinung nach [...] schon ganz gut aufgestellt sind, indem das PK Emden nicht nur als "Träger öffentlicher Belange" am Prozess der Stadtentwicklung beteiligt ist, sondern sich direkt im Ausschuss "Stadtentwicklung und Umwelt" einbringt, sehen wir durchaus noch Optimierungsmöglichkeiten. Ergänzend zu dem bisherigen Verfahren, dass die SB Verkehrsprävention und Kriminalprävention die Stadtentwicklungspläne polizeilich bewerten und wir unsere Anregungen im Ausschuss einbringen, könnte die Einbeziehung der Wohnungswirtschaft einen Mehrwert bieten [...]“</p> <p>„Ein neues Programm im Kontext "Soziale Stadt" für den Stadtteil Transvaal bietet zudem die Möglichkeit, aus dem Transit-Projekt gewonnene Erkenntnisse umzusetzen. Dazu gibt es auf der Fachebene bereits konkrete Überlegungen [...] Als Polizei bieten wir unsere Fachlichkeit gerne an, die transdisziplinäre Implementierung in die Alltagsorganisation und in das Alltagshandeln liegt nach meiner Einschätzung allerdings in der Verantwortung der Stadt Emden. Von der Arbeitsebene gibt es diesbezüglich bereits positive Signale, so dass ich zuversichtlich bin, dass eine Etablierung gelingt.“</p>	<p>„Durch die Projektergebnisse und durch die geknüpften Kontakte zu den Vertreterinnen und Vertretern der Stadt ist das Thema „Sicher bauen, wohnen und leben in und um Lüneburg“ präsent und kann vertieft werden. Ziel ist es, einen Arbeitskreis im KPR zu diesem Themenfeld in 2016 zu implementieren und ich werde beim Jour Fixe mit den Verantwortlichen in Stadt und Landkreis Lüneburg zu Beginn des neuen Jahres ein solches Vorgehen vorschlagen.“</p> <p>[...] „die positive Rückmeldung zum Workshop können wir Lüneburger nur bestätigen. Startet man in so ein langfristig angelegtes Projekt, so ist am Beginn noch sehr unklar, was auf einen zukommt. Polizei ist bekanntlich so gestrickt, dass alles schnell gehen muss und zeitnah auch handfeste Ergebnisse notwendig sind. [Wir] konnten rückblickend feststellen, dass es goldrichtig war, "transit" nach Lüneburg zu holen. [...]“</p> <p>„Wir konnten unsere Kolleginnen und Kollegen davon überzeugen, dass wir "etwas davon haben", Projekte wie "transit" intensiv zu begleiten. Die Mehrarbeit bringt Mehrwert - das kann jetzt, wo es in Richtung Endspurt geht, so festgestellt werden.“</p> <p>„Für uns heißt es jetzt am Ball bleiben und das zarte Pflänzchen gedeihen lassen. Sollte tatsächlich, wie angedacht, unter dem Dach des KPR ein Arbeitskreis "Sicheres Bauen und Wohnen" entstehen, so habe ich keine Bedenken, dass aus dem Pflänzchen ein kräftiger Baum wird. Die anderen Projektstandorte leben es vor und wir werden dort mit Sicherheit gute Beispiele finden und adaptieren können. Hier wird sich eine gute Basis für alle Maßnahmen, Vorschläge und Fortbildungsprogramme, welche einmal das Ergebnis von "transit" sein werden, finden.“</p>

Rückmeldungen aus den Kommunen

Impressionen



Danksagung

Ohne Unterstützung kann ein transdisziplinär angelegtes Forschungsprojekt nicht umgesetzt werden. Daher möchte sich das Projektteam des Landeskriminalamts Niedersachsen, des Deutschen Instituts für Urbanistik sowie des Forschungsinstituts F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH an dieser Stelle ausdrücklich für die vielseitige Unterstützung bei allen Beteiligten bedanken. Natürlich danken wir dem Bundesministerium für Bildung und Forschung für die Förderung des Projektes und dem Projektträger vdi für die operative Unterstützung. Insbesondere bedanken wir uns bei den beteiligten Akteuren aus der Polizei, den Wohnungsunternehmen, den Kommunalverwaltungen sowie den kommunalen Präventionsräten aus den Fallstudienstädten Braunschweig, Emden und Lüneburg. Weiterhin bei den assoziierten Partnern dem Verband der Wohnungswirtschaft Niedersachsen und Bremen, dem Niedersächsischen Städtetag sowie den wissenschaftlichen Partnern aus der University of Salford (Design Against Crime Solution Centre), der Magistratsdirektion der Stadt Wien (Geschäftsbereich Bauen und Technik, Stadtbaudirektion), dem Laboratorio Qualità urbane e Sicurezza der Politecnico di Milano, und der Polizeiakademie Niedersachsen.

Wir danken Frau Dipl.-Ing. Sabine Rebe und Dr. Olga Siegmunt für die wissenschaftliche Unterstützung, Alissa Kniesburgs und Jürgen Gohlke sowie allen Praktikantinnen und Praktikanten des LKA für die studentische Zuarbeit und tabasco.media für die grafische Umsetzung der Ideen. Weiterhin danken wir den deutschen und europäischen Interviewpartnern und unseren Kolleginnen und Kollegen in den Institutionen.

Zitierweise

Verbundprojekt transit
Landeskriminalamt Niedersachsen
Sicherheit im Wohnumfeld –
Ergebnisse der Fallstudien-Workshops
Hannover 2014 und 2015

Herausgeber

Verbundprojekt transit
Landeskriminalamt Niedersachsen

Autorinnen und Autoren

Anke Schröder, Jan Abt, Hanna Blieffert und Andreas Schmalfeld

Landeskriminalamt Niedersachsen

Am Waterlooplatz 11, 30169 Hannover
E-Mail: kfs@lka.polizei.niedersachsen.de
Verbundkoordinatorin: Dr. Anke Schröder

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
E-Mail: urbane-sicherheit@difu.de
Projektleiter: Dr. Holger Floeting

Unterauftragnehmer

**F+B Forschung und Beratung für Wohnen,
Immobilien und Umwelt GmbH**
Adenauerallee 28, 20097 Hamburg
E-Mail: service@f-und-b.de

www.transit-online.info